

Die Linke Leverkusen
Herr Oberbürgermeister
Stefan Hebbel
Friedrich-Ebert-Platz 1
51373 Leverkusen

Die Linke Leverkusen

Gregor Nick

Gregor.Nick@
die-linke-leverkusen.de
www.die-linke-leverkusen.de

Leverkusen, den 10.9.2026

Mehr Agora wagen – Gestaltung des öffentlichen Raums ist Aufgabe der Politik

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Hebbel,
die Bezirksvertretung I möge beschließen:

Die Bezirksvertretung I fasst folgenden Ergänzungsbeschluss zur Vorlage 2024/3156 (Erarbeitung eines Integrierten Handlungskonzepts für den Stadtteil Leverkusen-Manfort InHK Manfort, Beitritt zum Beschluss des Ausschusses für Stadtentwicklung, Planen und Bauen Vorlage Nr. 2024/3156 am 27.01.2025):

Die Verwaltung wird beauftragt, gegenüber dem mit der Erarbeitung des ISEK Manfort und der Durchführung der vorbereitenden Untersuchung beauftragten Planungsbüro verbindlich sicherzustellen, dass folgende Berichts- und Mitwirkungspflichten erfüllt werden:

1. Das Planungsbüro erstellt mindestens einmal pro Quartal einen schriftlichen Sachstandsbericht. Dieser enthält insbesondere den aktuellen Bearbeitungsstand, beantwortet offene Fragen, berichtet über abgeschlossene Aktivitäten und geplante und durchgeführte Beteiligungs- und Abstimmungsprozesse mit Bürgerinnen und Bürgern und/oder politischen Vertretern.
2. Diese Sachstandsberichte werden durch die Verwaltung unverzüglich an die Mitglieder der Bezirksvertretung I weitergeleitet.
3. Vorschläge, die wesentliche Auswirkungen auf die Gestaltung oder die Nutzung des öffentlichen Raums haben, sind der Bezirksvertretung I frühzeitig und vor einer abschließenden Festlegung oder Umsetzung vorzustellen.

Soweit diese Verpflichtungen nicht bereits vom bestehenden Vertrag umfasst sind, wird die Verwaltung beauftragt, ihre Aufnahme in den Vertrag zu prüfen und - soweit rechtlich und wirtschaftlich vertretbar - durch eine entsprechende Vertragsergänzung sicherzustellen. Etwaige Mehrkosten oder vergaberechtliche Hindernisse sind der Bezirksvertretung I vorab schriftlich darzustellen.

Die Verantwortung der Verwaltung für die vollständige und rechtzeitige Unterrichtung der Bezirksvertretung I bleibt hiervon unberührt.

Begründung:

Die Gestaltung des öffentlichen Raums, besonders des städtischen Raums ist ureigenste Aufgabe von Politik. Dies ist nicht nur in der Gemeindeordnung NRW verankert, sondern entspricht dem Verständnis demokratisch verfasster Gesellschaften – letztlich zurückgehend auf die Polis (namensgebend für Politik). Dem Antragsteller ist klar, dass hierzu praktischerweise nach sorgfältiger Abstimmung im öffentlichen Debattenraum die konkrete Umsetzung von Maßnahmen delegiert werden muss. Dies bedeutet jedoch nicht, dass Entscheidungs- und Abstimmungsschritte an privatwirtschaftliche Organisationen übertragen werden sollten.

Im Rahmen des Jahresberichts Stadtteil- und Quartiersmanagement am 11. Mai 2026 war zu beobachten, dass Angestellte des mit „Stadterneuerung Wiesdorf – ISEK“ beauftragten Planungsbüros Maßnahmen vorstellten, die den Vertreter:innen des Stadtbezirks nicht bekannt waren. Des weiteren war zu beobachten, dass es einer zweimaligen, nachdrücklichen Forderung der Bezirksbürgermeisterin bedurfte, um die vortragende Person zu einer genaueren Information und einem Ortstermin zu bewegen. Ferner wurde vorgetragen, dass man die Nutzung des öffentlichen Raumes – konkret ging es um Parkbänke – intensiv mit Restaurantbetreibern diskutierte und so letztlich zu einem Vorschlag gekommen sei.

Beim Ortstermin wurde dann erneut dargelegt, dass man mit dem betreffenden Restaurantbetreiber im Gespräch sei. Auf Nachfrage wurde kundgetan, dass diese konkrete Maßnahme nicht mehr in der Bezirksvertretung zur Beschlussfassung vorgelegt wird.

Zusammenfassend muss festgestellt werden, dass hier die Nutzung öffentlichen Raumes zwischen zwei privatwirtschaftlichen Unternehmen verhandelt wird. Nicht zwischen Verwaltung und Bürger:innen und nicht mit politisch gewählten Vertretern.

Hier ist basierend auf den o.g. Beschlüssen der falsche Eindruck entstanden, dass die Gestaltung der Stadt durch die Politik an Unternehmen der Privatwirtschaft regelrecht delegiert wurde.

Um diese Fehlentwicklung und das falsche Selbstverständnis der handelnden Organisationen für das aktuelle Projekt InHK Manfort abzustellen oder zumindest abzumildern bitten wir um Zustimmung zu den o.g. Berichtspflichten per Ergänzungsbeschluss.

Mit freundlichen Grüßen

Gregor Nick
Bezirksvertretung I

Keneth Dietrich
Fraktionssprecher